

T-1-Neu T-1-Neu

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 19.04.2021

Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung und Grußworte, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 9 Beginn 10:00 Uhr
- 10 TOP 1 Eröffnung und Grußworte, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia
- 11 TOP 2 Politische Reden
- 12 TOP 3 Debatte zu Pandemie-Politik
- 13 TOP 4 Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen- Anhalt
- 14 TOP 5 Wahl Delegierte*r zum Diversitätsrat
- 15 TOP 6 Anträge
- 16 TOP 7 Verschiedenes
- 17 Ende gegen 19:00 Uhr

T-1 Antrag zur Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 22.02.2021

Tagesordnungspunkt: 1. Eröffnung und Grußworte, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 Beginn 10:00 Uhr
- 2 TOP 1 Eröffnung und Grußworte, Festsetzung der Tagesordnung und Formalia
- 3 TOP 2 Politische Reden
- 4 TOP 3 Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt
- 5 TOP 4 Wahl Delegierte*r zum Diversitätsrat
- 6 TOP 5 Anträge
- 7 TOP 6 Verschiedenes
- 8 Ende gegen 19:00 Uhr

A-1 Perspektiven aus der Pandemie - Niedriginzidenzstrategie für Sachsen-Anhalt jetzt angehen

Gremium: Landesvorstand, Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Claudia Dalbert (SV Halle)
Beschlussdatum: 19.04.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Debatte zu Pandemie-Politik

Antragstext

18 In Deutschland und Sachsen-Anhalt steigen die Infektionszahlen seit Ende Februar
19 wieder exponentiell an. Als Bundesland mit den nunmehr viertschlechtesten Werten
20 bewegt sich die 7-Tage-Inzidenz in Sachsen-Anhalt aktuell rund um den Wert von
21 200. Tendenz steigend.

22 Die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin geht davon aus, dass bis Ende
23 April mindestens 6.000 Intensivbetten in Deutschland durch Covid-19-Kranke
24 belegt sein werden – so viele wie auf dem Höhepunkt der zweiten Welle im
25 Dezember des vergangenen Jahres. Spätestens im Mai wird diese Zahl nach den
26 Prognosen überschritten werden. Im Süden unseres Bundeslandes sind die Kliniken
27 bereits am Limit. Im ganzen Land sind Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegenden
28 nach über einem Jahr Pandemie erschöpft und ausgebrannt.

29 Bereits jetzt müssen erneut Operationen in den Kliniken verschoben werden und
30 die Gefahr, dass es zu einer Triage in Krankenhäusern der Bundesrepublik kommen
31 kann, steigt täglich.

32 Das von Bund und Ländern im Sommer 2020 gesetzte Ziel, eine 7-Tage-Inzidenz von
33 50 auf 100.000 Einwohner*innen nicht zu überschreiten, wird bereits seit Oktober
34 des vergangenen Jahres nicht mehr eingehalten.

35 Der seit Monaten andauernde inkonsequente und nicht alle gesellschaftlichen
36 Bereiche gleichmäßig einbeziehende Lockdown führt u.a. zu massiven
37 Unterrichtsausfällen und klassenweisen Quarantänen, Schließung von
38 Ladengeschäften, Betrieben und Kultureinrichtungen, Existenzangst, Burn-Out-
39 Erkrankungen sowie psychischen und emotionalen Schäden.

40 Wir alle sehnen uns derweil nach Besuchen bei Freund*innen und Familie,
41 durchtanzten Nächten, Biergartenabenden, Theaterbesuchen und so vielem mehr,
42 ohne dafür unsere Gesundheit, unser Leben oder das anderer Menschen zu
43 gefährden. Die Einschränkungen seit März 2021 bringen uns diesem Ziel nicht
44 näher. Sie lassen die Pandemie außer Kontrolle geraten und bringen gleichzeitig
45 viele Menschen psychisch und physisch an ihre Grenzen. Mit diesen inkonsequenten
46 Maßnahmen werden wir weiter Menschen in der Pflege, Familien,
47 Kleinunternehmer*innen, Künstler*innen und viele andere unmenschlichen
48 Belastungen aussetzen und zehntausende vermeidbare Tote ebenso wie Long-COVID-
49 Betroffene beklagen.

50 Die nach dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz nun notwendig gewordene
51 „Bundesnotbremse“ bei einer 7-Tage Inzidenz ab 100 begrüßen wir grundsätzlich.
52 Ihre Ausgestaltung kritisieren wir. Sie löst das Problem nicht und wird – so
53 lange die Bundesländer keine eigenen, konsequenten Maßnahmen ergreifen – weiter
54 zu einem gefährlichen Jojo-Effekt führen.

55 Angesichts des weltweiten Infektionsgeschehens, und immer neu auftretender
56 Mutationen hilft nur eine Niedriginzidenzstrategie, eine Perspektive zu

57 entwickeln. Ein starkes Infektionsgeschehen bei laufender Impfkampagne erhöht
58 die Wahrscheinlichkeit, dass Mutationen auftreten, gegen die verfügbare
59 Impfstoffe nichts oder nur wenig ausrichten können. Nur niedrige Inzidenzen
60 sichern dauerhaft den Impferfolg und ermöglichen einen Ausweg aus der Pandemie.

61 Nur mit einer Niedrig-Inzidenz-Strategie können wir verhindern, dass unser
62 Gesundheitssystem zusammenbricht. Wir haben es jetzt in der Hand, vermeidbare
63 Todesopfer und Langzeiterkrankungen zu verhindern.

64 Länder wie Portugal haben gezeigt, dass eine Niedrig-Inzidenz-Strategie auch
65 unter den Bedingungen der aktuellen Mutationen möglich ist. Wir halten
66 konsequente und wirksame Maßnahmen für notwendig,

67 Gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen

68 In der Vergangenheit wurden einzelne Lockerungen und Ausnahmen stets mit dem
69 Argument begründet, dass das Ausbruchsgeschehen in genau diesem Bereich nicht
70 signifikant zum Gesamtgeschehen beitrage. Die Pandemie ist allerdings genau
71 deshalb so schwer zu bekämpfen, weil sich das Gesamtgeschehen mittlerweile aus
72 vielen Infektionsherden zusammensetzt. Folglich ist die einzige Lösung in allen
73 Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens Einschränkungen als Ausdruck
74 einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung jetzt gemeinsam und schnell
75 umzusetzen.

76 Konsequente Maßnahmen im Wirtschafts- und Berufsleben

77 Viele Unternehmen handeln in der Pandemie verantwortungsvoll und umsichtig.
78 Dennoch wird deutlich, dass die freiwillige Selbstverpflichtung für Home-Office
79 von zu vielen Unternehmen noch immer nicht ausreichend umgesetzt wird. Im
80 Infektionsschutzgesetz wollen wir daher eine Home-Office-Pflicht für alle
81 Arbeitsplätze einführen, an denen das möglich ist. Wo weiterhin in Präsenz
82 gearbeitet werden muss, soll von den Unternehmen ein verbindlicher Selbsttest
83 für alle Arbeitnehmer*innen zweimal pro Woche umgesetzt werden.

84 Die öffentliche Verwaltung muss dabei als Vorbild vorangehen.

85 Organisation des Schul- und Kitabetriebs

86 Uns liegt das Kindeswohl am Herzen. Deshalb machen wir uns hier die Entscheidung
87 nicht leicht. Wir wollen eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Kindeswohl und
88 dem Infektionsschutz treffen. Eine hochinzidente Pandemielage mit Infektionen,
89 die von den Kindern in die Familien getragen werden und dort dramatische Folgen
90 haben können, sind für Kinder und Jugendliche mindestens ebenso belastend sein
91 wie lange Zeiten von ausschließlichem Distanzunterricht.

92 Niedrige Inzidenzen sind deshalb die beste Garantie dafür, das Kindeswohl in
93 allen Belangen schützen zu können. Die nun im Infektionsschutzgesetz genannte
94 Grenze von 165 für den Wechsel in den Distanzunterricht ist zu hoch und für das
95 Kindeswohl kontraproduktiv. Deshalb fordern, wir den Schwellenwert deutlich
96 abzusenken.

97 Eine mindestens zweimalige Testpflicht je Woche soll in den Schulen so lange
98 aufrechterhalten werden, bis die Impfquote in der Gesamtbevölkerung ausreichend
99 hoch ist. Wir trauen auch Kitakindern zu, sich testen zu lassen und begrüßen
100 deshalb die Testangebote des Sozialministeriums an alle Kita-Kinder.

101 Die notwendige Betreuung der Kinder durch einen Elternteil wollen wir auch
102 arbeitsrechtlich mit zusätzlichen Tagen absichern.

103 Kontrolle und Durchsetzung der Maßnahmen

104 Ein Grund für die negative Entwicklung der Pandemie seit dem vergangenen Herbst
105 ist die halbherzige Umsetzung der Maßnahmen, ja das aktive Verwässern durch
106 einige Ministerpräsidenten.

107 Beschlossene Maßnahmen wollen wir konsequent umsetzen. Ihre Durchsetzung muss
108 kontrolliert werden. Das bedeutet, dass die Regeln im öffentlichen Raum, den
109 Betrieben und z.B. bei der Durchsetzung der Quarantäne stärker kontrolliert
110 werden müssen. Nur mit wirksamen Maßnahmen, konsequenter Durchsetzung und
111 effizienter Kontrolle bekommen wir die Pandemie in den Griff.

112 Ergänzung der Inzidenz-Zahl um eine weitere Kennzahl

113 Zu der Inzidenz-Zahl sollte eine weitere Messgröße hinzutreten: die Zahl der
114 Covid-19-Erkrankten, die auf Intensivstationen aufgenommen werden. Diese Zahl
115 ist ein verlässlicher und unbestechlicher Indikator für die Entwicklung der
116 Pandemie, die Auswirkung neuer Mutationen und auch für die Wirksamkeit von
117 Impfungen in den kommenden Monaten. Ob sie hoch ist oder niedrig, ob sie steigt
118 oder sinkt, soll rechtzeitig vor der Überlastung von Kliniken in die Betrachtung
119 einbezogen werden.

120 Wir wollen auch die Datengrundlage für politische Entscheidungen verbessern und
121 mehr Daten zur Beurteilung der pandemischen Lage öffentlich bereitstellen.

122 Unterscheidung zwischen drinnen und draußen

123 Die aktuelle Studienlage zeigt, dass sich in der nun anstehenden wärmeren
124 Jahreszeit Möglichkeiten bieten, im Außenraum anders mit der Pandemie umzugehen
125 als in Innenräumen. Im Frühjahr und Sommer sollten deshalb Sport für Kinder im
126 Außenraum und auch Begegnungen zwischen Menschen aus zwei Haushalten möglich
127 sein. Die Öffnung der Außengastronomie und entsprechende Modellprojekte können
128 aber erst in Betracht gezogen werden, wenn wir eine Inzidenz von unter 100
129 erreicht haben und diese wissenschaftlich begleitet werden.

130 Konsequente, wirksame Maßnahmen für alle Bereiche der Gesellschaft, solidarisch
131 getragen, sind unser Ziel. Erst eine Niedriginzidenzstrategie, die erreichte
132 Erfolge sichert, statt sie zu verspielen, bietet eine Perspektive für alle
133 Menschen und die Möglichkeit, unsere Freiheiten dauerhaft zurückzugewinnen

134 All dies schaffen wir nur, wenn wir es allen Menschen in Sachsen-Anhalt
135 ermöglichen, die nächsten Wochen auch finanziell zu überstehen. Wir brauchen
136 daher ein schnelles, solidarisches und unbürokratisches System, das
137 sicherstellt, dass Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Bafög usw. weitergezahlt
138 werden. Wir wissen, dass unsere Forderungen eine große Belastung für Menschen –
139 insbesondere für Kinder und sozial vulnerable Gruppen – darstellen.

140 Wir sind uns bewusst, dass alle Menschen müde sind und das Vertrauen in die
141 politischen Entscheidungen erodiert. Genau aus diesem Grund sollten wir uns
142 jetzt auf einen Weg begeben, der eine tatsächliche Entspannung der Pandemielage
143 innerhalb weniger Wochen ermöglicht und diese Erfolge nachhaltig sichert. So
144 können wir unsere Freiheiten zurückgewinnen.

Begründung

Mit Beschluss vom 3. März 2021 hatten die Bundeskanzlerin und die Regierungschefs der Länder vereinbart, dass ab einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 100 eine so genannte Notbremse greifen soll: „Steigt die 7-Tage-Inzidenz pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner an drei aufeinander folgenden Tagen in einem Bundesland oder einer Region auf über 100, treten ab dem zweiten darauffolgenden Werktag die Regeln, die bis zum 7. März gegolten haben, wieder in Kraft (Notbremse)“. Im Beschluss der MPK vom 22. März 2021 wurde eine konsequente Umsetzung betont: „Angesichts der exponentiell steigenden Infektionsdynamik muss die im letzten Beschluss vereinbarte Notbremse für alle inzidenzabhängigen Öffnungsschritte [...] konsequent umgesetzt werden“. Eine Umsetzung erfolgte dennoch nicht konsequent in allen Bundesländern, weshalb Bundeskanzlerin Angela Merkel am 28. März 2021 eine mögliche Anpassung des Infektionsschutzgesetzes öffentlich in die Diskussion einbrachte. Am 13. April 2021 verabschiedete die Bundesregierung den Entwurf eines Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite.

Der Gesetzentwurf wurde nach dem Antragsschluss unseres Parteitages am 24. März 2021 in den Deutschen Bundestag eingebracht. Eine Dringlichkeit des Antrags "Perspektiven aus der Pandemie" ist deshalb zu bejahen.

Beschluss Perspektiven aus der Pandemie - Niedriginzidenzstrategie für Sachsen-Anhalt jetzt angehen

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Debatte zu Pandemie-Politik

Antragstext

145 In Deutschland und Sachsen-Anhalt steigen die Infektionszahlen seit Ende Februar
146 wieder exponentiell an. Als Bundesland mit den nunmehr viertschlechtesten Werten
147 bewegt sich die 7-Tage-Inzidenz in Sachsen-Anhalt aktuell rund um den Wert von
148 200. Tendenz steigend.

149 Die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin geht davon aus, dass bis Ende
150 April mindestens 6.000 Intensivbetten in Deutschland durch Covid-19-Kranke
151 belegt sein werden – so viele wie auf dem Höhepunkt der zweiten Welle im
152 Dezember des vergangenen Jahres. Spätestens im Mai wird diese Zahl nach den
153 Prognosen überschritten werden. Im Süden unseres Bundeslandes sind die Kliniken
154 bereits am Limit. Im ganzen Land sind Ärztinnen und Ärzte sowie die Pflegenden
155 nach über einem Jahr Pandemie erschöpft und ausgebrannt.

156 Bereits jetzt müssen erneut Operationen in den Kliniken verschoben werden und
157 die Gefahr, dass es zu einer Triage in Krankenhäusern der Bundesrepublik kommen
158 kann, steigt täglich.

159 Das von Bund und Ländern im Sommer 2020 gesetzte Ziel, eine 7-Tage-Inzidenz von
160 50 auf 100.000 Einwohner*innen nicht zu überschreiten, wird bereits seit Oktober
161 des vergangenen Jahres nicht mehr eingehalten.

162 Der seit Monaten andauernde inkonsequente und nicht alle gesellschaftlichen
163 Bereiche gleichmäßig einbeziehende Lockdown führt u.a. zu massiven
164 Unterrichtsausfällen und klassenweisen Quarantänen, Schließung von
165 Ladengeschäften, Betrieben und Kultureinrichtungen, Existenzangst, Burn-Out-
166 Erkrankungen sowie psychischen und emotionalen Schäden.

167 Wir alle sehnen uns derweil nach Besuchen bei Freund*innen und Familie,
168 durchtanzten Nächten, Biergartenabenden, Theaterbesuchen und so vielem mehr,
169 ohne dafür unsere Gesundheit, unser Leben oder das anderer Menschen zu
170 gefährden. Die Einschränkungen seit März 2021 bringen uns diesem Ziel nicht
171 näher. Sie lassen die Pandemie außer Kontrolle geraten und bringen gleichzeitig
172 viele Menschen psychisch und physisch an ihre Grenzen. Mit diesen inkonsequenten
173 Maßnahmen werden wir weiter Menschen in der Pflege, Familien,
174 Kleinunternehmer*innen, Künstler*innen und viele andere unmenschlichen
175 Belastungen aussetzen und zehntausende vermeidbare Tote ebenso wie Long-COVID-
176 Betroffene beklagen.

177 Die nach dem Scheitern der Ministerpräsidentenkonferenz nun notwendig gewordene
178 „Bundesnotbremse“ bei einer 7-Tage Inzidenz ab 100 begrüßen wir grundsätzlich.
179 Ihre Ausgestaltung kritisieren wir. Sie löst das Problem nicht und wird – so
180 lange die Bundesländer keine eigenen, konsequenten Maßnahmen ergreifen – weiter
181 zu einem gefährlichen Jojo-Effekt führen.

182 Angesichts des weltweiten Infektionsgeschehens, und immer neu auftretender
183 Mutationen hilft nur eine Niedriginzidenzstrategie, eine Perspektive zu

184 entwickeln. Ein starkes Infektionsgeschehen bei laufender Impfkampagne erhöht
185 die Wahrscheinlichkeit, dass Mutationen auftreten, gegen die verfügbare
186 Impfstoffe nichts oder nur wenig ausrichten können. Nur niedrige Inzidenzen
187 sichern dauerhaft den Impferfolg und ermöglichen einen Ausweg aus der Pandemie.

188 Nur mit einer Niedrig-Inzidenz-Strategie können wir verhindern, dass unser
189 Gesundheitssystem zusammenbricht. Wir haben es jetzt in der Hand, vermeidbare
190 Todesopfer und Langzeiterkrankungen zu verhindern.

191 Länder wie Portugal haben gezeigt, dass eine Niedrig-Inzidenz-Strategie auch
192 unter den Bedingungen der aktuellen Mutationen möglich ist. Wir halten
193 konsequente und wirksame Maßnahmen für notwendig,

194 Gesamtgesellschaftliche Verantwortung tragen

195 In der Vergangenheit wurden einzelne Lockerungen und Ausnahmen stets mit dem
196 Argument begründet, dass das Ausbruchsgeschehen in genau diesem Bereich nicht
197 signifikant zum Gesamtgeschehen beitrage. Die Pandemie ist allerdings genau
198 deshalb so schwer zu bekämpfen, weil sich das Gesamtgeschehen mittlerweile aus
199 vielen Infektionsherden zusammensetzt. Folglich ist die einzige Lösung in allen
200 Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens Einschränkungen als Ausdruck
201 einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung jetzt gemeinsam und schnell
202 umzusetzen.

203 Konsequente Maßnahmen im Wirtschafts- und Berufsleben

204 Viele Unternehmen handeln in der Pandemie verantwortungsvoll und umsichtig.
205 Dennoch wird deutlich, dass die freiwillige Selbstverpflichtung für Home-Office
206 von zu vielen Unternehmen noch immer nicht ausreichend umgesetzt wird. Im
207 Infektionsschutzgesetz wollen wir daher eine Home-Office-Pflicht für alle
208 Arbeitsplätze einführen, an denen das möglich ist. Wo weiterhin in Präsenz
209 gearbeitet werden muss, soll von den Unternehmen ein verbindlicher Selbsttest
210 für alle Arbeitnehmer*innen zweimal pro Woche umgesetzt werden.

211 Die öffentliche Verwaltung muss dabei als Vorbild vorangehen.

212 Organisation des Schul- und Kitabetriebs

213 Uns liegt das Kindeswohl am Herzen. Deshalb machen wir uns hier die Entscheidung
214 nicht leicht. Wir wollen eine sorgfältige Abwägung zwischen dem Kindeswohl und
215 dem Infektionsschutz treffen. Eine hochinzidente Pandemielage mit Infektionen,
216 die von den Kindern in die Familien getragen werden und dort dramatische Folgen
217 haben können, sind für Kinder und Jugendliche mindestens ebenso belastend sein
218 wie lange Zeiten von ausschließlichem Distanzunterricht.

219 Niedrige Inzidenzen sind deshalb die beste Garantie dafür, das Kindeswohl in
220 allen Belangen schützen zu können. Die nun im Infektionsschutzgesetz genannte
221 Grenze von 165 für den Wechsel in den Distanzunterricht ist zu hoch und für das
222 Kindeswohl kontraproduktiv. Deshalb fordern, wir den Schwellenwert deutlich
223 abzusenken.

224 Eine mindestens zweimalige Testpflicht je Woche soll in den Schulen so lange
225 aufrechterhalten werden, bis die Impfquote in der Gesamtbevölkerung ausreichend
226 hoch ist. Wir trauen auch Kitakindern zu, sich testen zu lassen und begrüßen
227 deshalb die Testangebote des Sozialministeriums an alle Kita-Kinder.

- 228 Die notwendige Betreuung der Kinder durch einen Elternteil wollen wir auch
229 arbeitsrechtlich mit zusätzlichen Tagen absichern.
- 230 Kontrolle und Durchsetzung der Maßnahmen
- 231 Ein Grund für die negative Entwicklung der Pandemie seit dem vergangenen Herbst
232 ist das Nichtnutzen der Niedriginzidenzzeit im Sommer zur Entwicklung einer
233 nachhaltigen (Niedriginzidenz-)Strategie, sodass die Zahlen in Sachsen-Anhalt
234 und Deutschland anfangs wenig beachtet steigen konnten. Daran schließt sich die
235 halbherzige Umsetzung der dann ab Ende Oktober notwendig gewordenen Maßnahmen,
236 ja das aktive Verwässern durch einige Ministerpräsidenten, an.
- 237 Beschlossene Maßnahmen wollen wir konsequent umsetzen. Ihre Durchsetzung muss
238 kontrolliert werden. Das bedeutet, dass die Regeln im öffentlichen Raum, den
239 Betrieben und z.B. bei der Durchsetzung der Quarantäne stärker kontrolliert
240 werden müssen. Nur mit wirksamen Maßnahmen, konsequenter Durchsetzung und
241 effizienter Kontrolle bekommen wir die Pandemie in den Griff.
- 242 Ergänzung der Inzidenz-Zahl um eine weitere Kennzahl
- 243 Zu der Inzidenz-Zahl sollte eine weitere Messgröße hinzutreten: die Zahl der
244 Covid-19-Erkrankten, die auf Intensivstationen aufgenommen werden. Diese Zahl
245 ist ein verlässlicher und unbestechlicher Indikator für die Entwicklung der
246 Pandemie, die Auswirkung neuer Mutationen und auch für die Wirksamkeit von
247 Impfungen in den kommenden Monaten. Ob sie hoch ist oder niedrig, ob sie steigt
248 oder sinkt, soll rechtzeitig vor der Überlastung von Kliniken in die Betrachtung
249 einbezogen werden.
- 250 Wir wollen auch die Datengrundlage für politische Entscheidungen verbessern und
251 mehr Daten zur Beurteilung der pandemischen Lage öffentlich bereitstellen.
- 252 Unterscheidung zwischen drinnen und draußen
- 253 Die aktuelle Studienlage zeigt, dass sich in der nun anstehenden wärmeren
254 Jahreszeit Möglichkeiten bieten, im Außenraum anders mit der Pandemie umzugehen
255 als in Innenräumen. Im Frühjahr und Sommer sollten deshalb Sport für Kinder im
256 Außenraum und auch Begegnungen zwischen Menschen aus zwei Haushalten möglich
257 sein. Die Öffnung der Außengastronomie und entsprechende Modellprojekte können
258 aber erst in Betracht gezogen werden, wenn wir eine Inzidenz von unter 100
259 erreicht haben und diese wissenschaftlich begleitet werden.
- 260 Konsequente, wirksame Maßnahmen für alle Bereiche der Gesellschaft, solidarisch
261 getragen, sind unser Ziel. Erst eine Niedriginzidenzstrategie, die erreichte
262 Erfolge sichert, statt sie zu verspielen, bietet eine Perspektive für alle
263 Menschen und die Möglichkeit, unsere Freiheiten dauerhaft zurückzugewinnen
- 264 All dies schaffen wir nur, wenn wir es allen Menschen in Sachsen-Anhalt
265 ermöglichen, die nächsten Wochen auch finanziell zu überstehen. Wir brauchen
266 daher ein schnelles, solidarisches und unbürokratisches System, das
267 sicherstellt, dass Löhne, Gehälter, Sozialleistungen, Bafög usw. weitergezahlt
268 werden. Für Unternehmen und (Solo-)Selbstständige, die auf Grund der
269 "Bundesnotbremse" zeitweise schließen müssen oder während der Gültigkeit des
270 Gesetzes nicht wieder öffnen können, muss es zeitnah leicht zugängliche und
271 breit angelegte Hilfsprogramme geben. Wir wissen, dass unsere Forderungen eine

272 große Belastung für Menschen – insbesondere für Kinder und sozial vulnerable
273 Gruppen – darstellen.

274 Wir sind uns bewusst, dass alle Menschen müde sind und das Vertrauen in die
275 politischen Entscheidungen erodiert. Genau aus diesem Grund sollten wir uns
276 jetzt auf einen Weg begeben, der eine tatsächliche Entspannung der Pandemielage
277 innerhalb weniger Wochen ermöglicht und diese Erfolge nachhaltig sichert. So
278 können wir unsere Freiheiten zurückgewinnen.

A-2-Neu Weiterführung der erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE)

Gremium:	Einbringung durch LFG Ökologie und LFG Land/Forst sowie KV Jerichower Land
Beschlussdatum:	24.04.2021
Tagesordnungspunkt:	6. Anträge

Antragstext

6279 Bündnis 90 / Die Grünen Sachsen-Anhalt betrachten die Weiterführung der
6280 erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
6281 (MULE) in Sachsen-Anhalt unter Bündnisgrüner Führung als Voraussetzung für
6282 jedwede erneute Beteiligung an einer Regierungskoalition in der nächsten
6283 Legislaturperiode. Der Zuschnitt ist ein bewährtes und leistungsfähiges Modell,
6284 das den eng verzahnten gesellschaftlichen Herausforderungen an Umwelt und
6285 Landwirtschaft sowie der Umsetzung der Energiewende entspricht. Das Ministerium
6286 darf unter keinen Umständen zerschlagen werden.

Begründung

Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig, denn er sichert unsere Lebensgrundlagen. Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, mit denen sie nicht allein gelassen werden darf. Angesichts von Überlegungen anderer Parteien, die von einer Ressorttrennung ausgehen, ist es notwendig, explizit darauf hinzuweisen, dass eine Aufspaltung von Umwelt und Landwirtschaft sachlich nicht begründbar ist. Diese Klarstellung ist notwendig aufgrund von Forderungen aus der CDU, in der kommenden Legislaturperiode das MULE zugunsten eines CDU-geführten Landwirtschaftsministeriums zu zerschlagen. Die Vermehrung von Ministerämtern als unterschwelliges Motiv eine erprobte und über Jahrzehnte eingespielte Struktur aufzulösen, scheidet für uns auch aus finanzieller Hinsicht aus. In Sachsen-Anhalt wurden die bis dahin getrennten Ressorts Umwelt und Landwirtschaft erstmals am 11. Juni 1996 unter der bündnisgrünen Ministerin Heidrun Heidecke zusammengeführt. Damit wurde ein Modell geschaffen, das in unserem Land in unterschiedliche Regierungskonstellationen weitergeführt wurde und heute in den meisten anderen Bundesländern so besteht. Hier ist besonders auf Schleswig-Holstein zu verweisen, wo diese Zusammenführung von Umwelt, Landwirtschaft und Energie 2012 unter dem damaligen Minister Robert Habeck erfolgte. In anderen Bundesländern ist dieser Ministeriumszuschnitt ebenfalls Standard geworden.

Bündnis 90 / Die Grünen betrachten den Verlust an Biodiversität (Biodiversitätskrise) sowie die Klimakrise als die zentralen Herausforderungen auf allen Politikebenen. Verbesserungen in diesen Bereichen lassen sich nur im Zusammenspiel von Umwelt-, Naturschutz-, Landwirtschafts- und Energiepolitik erzielen. Land- und Forstwirtschaft müssen Anpassungsstrategien und veränderte Bewirtschaftungsformen (Agrarwende, Waldumbau, Änderungen im Wassermanagement) und daraus nicht nur eine neue Perspektive für den Natur- und Umweltschutz entwickeln sondern auch für die Bäuerinnen und Bauern und allen Menschen im ländlichen Raum. Diese Herausforderungen haben uns 2016 dazu geführt, den Zuschnitt des Ministeriums so zu konzipieren. Seitdem arbeitet das MULE erfolgreich unter Bündnisgrüner Führung.

Begründung zur Dringlichkeit:

Der vorliegende Antrag der LFGen Land&Forst und Ökologie konnte nicht vor Antragsschluß für den kommenden LPT gestellt werden, da die Aussagen der CDU zur Aufspaltung des MULE erst auf dem CDU-Parteitag am 27.03.2021 gemacht wurden und diese dann auch erst einige Tage später aus der

Zeitung zu entnehmen waren. Genau auf diesen Äußerungen und den Forderungen des Landesbauernverband reagiert der Antrag. Insofern ist der Antrag zum "Erhalt des MULE unter grüner „Leitung“ als Dringlichkeitsantrag einzubringen.

Beschluss Weiterführung der erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE)

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

6413 Bündnis 90 / Die Grünen Sachsen-Anhalt betrachten die Weiterführung der
6414 erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
6415 (MULE) in Sachsen-Anhalt unter Bündnisgrüner Führung als Voraussetzung für
6416 jedwede erneute Beteiligung an einer Regierungskoalition in der nächsten
6417 Legislaturperiode. Der Zuschnitt ist ein bewährtes und leistungsfähiges Modell,
6418 das den eng verzahnten gesellschaftlichen Herausforderungen an Umwelt und
6419 Landwirtschaft sowie der Umsetzung der Energiewende entspricht. Das Ministerium
6420 darf unter keinen Umständen zerschlagen werden.

Begründung

Landwirtschaft ist der wichtigste Wirtschaftszweig, denn er sichert unsere Lebensgrundlagen. Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen, mit denen sie nicht allein gelassen werden darf. Angesichts von Überlegungen anderer Parteien, die von einer Ressorttrennung ausgehen, ist es notwendig, explizit darauf hinzuweisen, dass eine Aufspaltung von Umwelt und Landwirtschaft sachlich nicht begründbar ist. Diese Klarstellung ist notwendig aufgrund von Forderungen aus der CDU, in der kommenden Legislaturperiode das MULE zugunsten eines CDU-geführten Landwirtschaftsministeriums zu zerschlagen. Die Vermehrung von Ministerämtern als unterschwelliges Motiv eine erprobte und über Jahrzehnte eingespielte Struktur aufzulösen, scheidet für uns auch aus finanzieller Hinsicht aus. In Sachsen-Anhalt wurden die bis dahin getrennten Ressorts Umwelt und Landwirtschaft erstmals am 11. Juni 1996 unter der bündnisgrünen Ministerin Heidrun Heidecke zusammengeführt. Damit wurde ein Modell geschaffen, das in unserem Land in unterschiedliche Regierungskonstellationen weitergeführt wurde und heute in den meisten anderen Bundesländern so besteht. Hier ist besonders auf Schleswig-Holstein zu verweisen, wo diese Zusammenführung von Umwelt, Landwirtschaft und Energie 2012 unter dem damaligen Minister Robert Habeck erfolgte. In anderen Bundesländern ist dieser Ministeriumszuschnitt ebenfalls Standard geworden.

Bündnis 90 / Die Grünen betrachten den Verlust an Biodiversität (Biodiversitätskrise) sowie die Klimakrise als die zentralen Herausforderungen auf allen Politikebenen. Verbesserungen in diesen Bereichen lassen sich nur im Zusammenspiel von Umwelt-, Naturschutz-, Landwirtschafts- und Energiepolitik erzielen. Land- und Forstwirtschaft müssen Anpassungsstrategien und veränderte Bewirtschaftungsformen (Agrarwende, Waldumbau, Änderungen im Wassermanagement) und daraus nicht nur eine neue Perspektive für den Natur- und Umweltschutz entwickeln sondern auch für die Bäuerinnen und Bauern und allen Menschen im ländlichen Raum. Diese Herausforderungen haben uns 2016 dazu geführt, den Zuschnitt des Ministeriums so zu konzipieren. Seitdem arbeitet das MULE erfolgreich unter Bündnisgrüner Führung.

A-3 Geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung stoppen

Antragsteller*in: Melanie Ranft (SV Halle), Wolfgang Aldag (SV Halle)

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

6287 Bündnisgrüne Politik setzt auf gemeinsames Lernen an Gemeinschafts- und
6288 Gesamtschulen. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, allen Schüler*innen einen
6289 Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren Möglichkeiten entspricht und sie für
6290 das Leben vorbereitet.

6291 Wir lehnen die von Bildungsminister Tullner (CDU) angekündigte Verschärfung der
6292 Versetzungsverordnung ab, die darauf zielt, Schüler*innen den Weg zu einem
6293 Realschulabschluss zu verbauen.

Begründung

Die geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung führt in der Konsequenz dazu, dass Schüler*innen frühzeitig und verstärkte in Hauptschüler*innen und Realschüler*innen einsortiert werden. Diese Aufteilung von Schüler*innen führt insgesamt gesehen zu negativen Effekten auf den Bildungserfolg der Hauptschüler*innen. Studien bestätigen, dass ein früh gliederndes Schulsystem leistungsschwache Kinder benachteiligt und dass andererseits ein längeres gemeinsames Lernen ohne Trennung nach Haupt- und Realschüler*innen gleichzeitig nicht zulasten der Besseren geht.

Schule darf die Spaltung der Gesellschaft nicht länger begünstigen. Sie muss den Differenzen und der Kontaktlosigkeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen entgegenwirken. Das gemeinsame Lernen findet in Gemeinschafts- und Gesamtschulen statt und deswegen sind diese zu unterstützen und zu fördern.

Gerade in Zeiten, in welchen Schüler*innen in besonderem Maße von den Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind, z.B. durch soziale Isolation, reduzierten Unterricht und Schulschließungen muss Bildungspolitik, muss der Bildungsminister verantwortlich handeln und darf die Kluft zwischen Schüler*innen nicht noch vergrößern.

Beschluss Geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung stoppen

Gremium: Landesparteitag
Beschlussdatum: 24.04.2021
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

6436 Bündnisgrüne Politik setzt auf gemeinsames Lernen an Gemeinschafts- und
6437 Gesamtschulen. Bildungsgerechtigkeit heißt für uns, allen Schüler*innen einen
6438 Bildungsabschluss zu ermöglichen, der ihren Möglichkeiten entspricht und sie für
6439 das Leben vorbereitet.

6440 Wir lehnen die von Bildungsminister Tullner (CDU) angekündigte Verschärfung der
6441 Versetzungsverordnung ab, die darauf zielt, Schüler*innen den Weg zu einem
6442 Realschulabschluss zu verbauen.

Begründung

Die geplante Verschärfung der Versetzungsverordnung führt in der Konsequenz dazu, dass Schüler*innen frühzeitig und verstärkte in Hauptschüler*innen und Realschüler*innen einsortiert werden. Diese Aufteilung von Schüler*innen führt insgesamt gesehen zu negativen Effekten auf den Bildungserfolg der Hauptschüler*innen. Studien bestätigen, dass ein früh gliederndes Schulsystem leistungsschwache Kinder benachteiligt und dass andererseits ein längeres gemeinsames Lernen ohne Trennung nach Haupt- und Realschüler*innen gleichzeitig nicht zulasten der Besseren geht.

Schule darf die Spaltung der Gesellschaft nicht länger begünstigen. Sie muss den Differenzen und der Kontaktlosigkeit zwischen gesellschaftlichen Gruppen entgegenwirken. Das gemeinsame Lernen findet in Gemeinschafts- und Gesamtschulen statt und deswegen sind diese zu unterstützen und zu fördern.

Gerade in Zeiten, in welchen Schüler*innen in besonderem Maße von den Auswirkungen der Coronakrise betroffen sind, z.B. durch soziale Isolation, reduzierten Unterricht und Schulschließungen muss Bildungspolitik, muss der Bildungsminister verantwortlich handeln und darf die Kluft zwischen Schüler*innen nicht noch vergrößern.

A-2 Weiterführung der erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE)

Gremium: Landesfachgruppe Land- und Forstwirtschaft, Landesfachgruppe Ökologie, Kreisverband Jerichower Land
Beschlussdatum: 19.04.2021
Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Antragstext

6153 Der Landesparteitag möge beschließen:

6154 Bündnis 90 / Die Grünen Sachsen-Anhalt betrachten die Weiterführung der
6155 erfolgreichen Arbeit des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie
6156 (MULE) in Sachsen-Anhalt unter Bündnisgrüner Führung als Voraussetzung für
6157 jedwede erneute Beteiligung an einer Regierungskoalition in der nächsten
6158 Legislaturperiode. Das Ministerium darf unter keinen Umständen zerschlagen
6159 werden.

6160 Begründung:

6161 Bündnis 90 / Die Grünen betrachten den Verlust an Biodiversität
6162 (Biodiversitätskrise) sowie die Klimakrise als die zentralen Herausforderungen
6163 auf allen Politikebenen. Verbesserungen in diesen Bereichen lassen sich nur im
6164 Zusammenspiel von Umwelt-, Naturschutz-, Landwirtschafts- und Energiepolitik
6165 erzielen. Auch in anderen Bundesländern ist dieser Ministeriumszuschnitt
6166 Standard geworden. Land- und Forstwirtschaft sind die größten Flächennutzer auch
6167 in Sachsen-Anhalt. Sie sind sowohl am stärksten Betroffene wie auch
6168 Mitverursacher von Biodiversitäts- und Klimakrise. Die Folgen der
6169 Bewirtschaftung wirken weit in Naturschutzgebiete hinein. Land- und
6170 Forstwirtschaft müssen Anpassungsstrategien und veränderte
6171 Bewirtschaftungsformen (Agrarwende, Waldumbau, Änderungen im Wassermanagement)
6172 und daraus eine neue Perspektive entwickeln. Diese Herausforderungen haben uns
6173 2016 dazu geführt, den Zuschnitt des Ministeriums so zu konzipieren.

6174 Seitdem arbeitet das MULE erfolgreich unter Bündnisgrüner Führung. Zur
6175 Leistungsbilanz gehören:

- 6176 • Förderprogramm für Junglandwirte und Junglandwirtinnen
- 6177 • Schaffung eines Wolfskompetenzzentrums und Entwicklung von Strategien zur
6178 Koexistenz von Wolfsschutz und Weidetierhaltung
- 6179 • Erfolgreicher Ausbau des Ökolandbaus mit 70% Steigerung der ökologisch
6180 bewirtschafteten Fläche im Land
- 6181 • Einrichtung eines Ausbildungsgangs für ökologische Bewirtschaftung in
6182 Verbindung mit einer Neugestaltung der Versuchsstation Iden der
6183 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau mit zukunftsweisenden
6184 Stallneubauten
- 6185 • Förderung regionaler Märkte durch Förderprogramme zu Aufbau und
6186 Entwicklung von Dorfgemeinschaftsläden, Preisverleihungen (z.B.
6187 Obsthofladen des Jahres) und Auszeichnung von hochwertigen Lebensmitteln

- 6188 aus dem Land mit dem Kulinarischen Stern, sowie ein mit der
6189 Agrarmarketing-Gesellschaft (AMD) geschaffenes Internetportal für
6190 regionale Märkte und Direktvermarktung
- 6191 • Förderung des Waldumbaus, Mischwaldaufbau im Landesforst (Fünf-Baumarten-
6192 Strategie) und Schaffung von Wildnisgebieten (10% im Landesforst bis 2021)
- 6193 • Moderationsprozesse z.B. zum Leitbild Landwirtschaft, zum naturnahen
6194 Hochwasserschutz an der Selke, zur naturverträglichen Nutzung der Flächen
6195 um den Kelbra-Stausee
- 6196 • Mit Umweltschutzprogramm und Artenschutzförderung konnten in kürzester
6197 Zeit unbürokratisch zahlreiche in der Schublade liegende Projekte
6198 verwirklicht werden
- 6199 • Das Grüne Band wurde als nationales Naturmonument ausgewiesen
- 6200 • Landesverordnung zur Sicherung des Schutzgebietssystems Natura 2000
- 6201 • Klima- und Energiekonzept mit 72 konkreten Maßnahmen, davon 38
6202 durchgerechnet.
- 6203 • Leitlinie Artenschutz an Windkraftanlagen
- 6204 • Richtlinie Sachsen-Anhalt ENERGIE zur Unterstützung von Unternehmen bei
6205 Umrüstung auf energieeffiziente Anlagen
- 6206 • Ansiedlung des Kompetenzzentrums Wärmewende in Halle
- 6207 Diese Klarstellung ist notwendig aufgrund von Forderungen aus der CDU, in der
6208 kommenden Legislaturperiode das MULE zugunsten eines CDU-geführten
6209 Landwirtschaftsministeriums zu zerschlagen.

Begründung

Zur Dringlichkeit: Der vorliegende Antrag der LFGen Land&Forst und Ökologie konnte nicht vor Antragsschluß für den kommenden LPT gestellt werden, da die Aussagen der CDU zur Aufspaltung des MULE erst auf dem CDU-Parteitag am 27.03.2021 gemacht wurden und diese dann auch erst einige Tage später aus der Zeitung zu entnehmen waren. Genau auf diesen Äusserungen und den Forderungen des Landesbauernverband reagiert der Antrag. Insofern ist der Antrag zum "Erhalt des MULE unter grüner Leitung" als Dringlichkeitsantrag einzubringen.